

Machbarkeit der türkischen Nation: Diskursive Exklusion und physische Vernichtung als Säulen von nation building

Küpeli, Ismail

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Küpeli, I. (2020). Machbarkeit der türkischen Nation: Diskursive Exklusion und physische Vernichtung als Säulen von nation building. In M. Hawel (Hrsg.), *Work in Progress, Work on Progress: Beiträge kritischer Wissenschaft; Doktorand*innenjahrbuch 2019 der Rosa-Luxemburg-Stiftung* (S. 129-139). Hamburg: VSA Verlag. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70088-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ismail Küpeli

Machbarkeit der türkischen Nation

Diskursive Exklusion und physische Vernichtung
als Säulen von *nation building*

Der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung ist einer der entscheidenden Faktoren, die die Geschichte und Gegenwart der Türkei bestimmen. Die politischen Debatten und Entscheidungen in vielen sehr unterschiedlichen Bereichen, von der Bildungspolitik bis hin zur Außenpolitik, lassen sich auf die sogenannte Kurd*innenfrage zurückführen. Darüber hinaus ist der Konflikt für die geschichtliche Entwicklung und die aktuelle Lage des gesamten Nahen und Mittleren Ostens bedeutend. Dies nicht zuletzt dadurch, dass kurdische Bevölkerungsgruppen in vielen Staaten¹ existieren und in vielen Staaten politisch relevante Akteur*innen hervorgebracht haben, wie etwa neben der Türkei in Syrien und im Irak.

Die Geschichte des Konflikts zwischen der Türkei und der kurdischen Bevölkerung muss aufgearbeitet werden, um die gegenwärtigen Konflikte zu verstehen. Bisher konzentriert sich die politische und wissenschaftliche Beschäftigung mit dem »Kurdenkonflikt« auf die Gegenwart, ohne eine historische Perspektive.

Die fehlende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der historischen Dimension des »Kurdenkonflikts« ist indes eine direkte Folge der staatlichen Geschichtspolitik der Türkei, die seit vielen Jahrzehnten daraufsetzt, eine spezifische historische Interpretation der Ereignisse zu forcieren. Die »Wissensproduktion« an den türkischen Hochschulen hat ebenfalls das staatliche Narrativ reproduziert, wobei andere Perspektiven massiv unterdrückt wurden. Wissenschaftler*innen, die es gewagt haben, der staatlichen Geschichtspolitik zu widersprechen, mussten mit faktischen Berufsverboten bis hin zu langen Haftstrafen rechnen, wie etwa im Falle des türkischen Soziologen İsmail Beşikçi, der aufgrund seiner Publikationen zum »Kurdenkonflikt« insgesamt 17 Jahre in Haft saß. Diese repressive Atmosphäre verhindert bis heute eine offene wissenschaftliche Debatte und sorgt dafür, dass die Ereignisse von 1925 bis

¹ So existieren etwa in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien größere kurdische Bevölkerungen.

1938, die hier angesprochen werden sollen, bisher nicht adäquat thematisiert wurden.

So bleiben die Verbindungen zwischen der türkischen staatlichen Homogenisierungspolitik und den kurdischen »Aufständen« in den 1920er und 1930er Jahren vielfach unterbelichtet und die möglichen Auswirkungen dieser Entwicklung für die gegenwärtige politische Lage unbeachtet. Dabei wird »Aufstände« in Anführungszeichen gesetzt, weil es sich in den meisten Fällen, die in der Literatur als solche bezeichnet werden, nicht um Aufstände, sondern um Militäroperationen des türkischen Nationalstaates handelt, die mit angeblichen Aufständen oder Rebell*innenaktivitäten legitimiert werden sollen.

Diese Militäroperationen, oder allgemeiner gesagt, die staatliche Gewaltpolitik des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung wurde durch spezifische Narrative über die türkische Nation und die Kurd*innen als das *Andere* ermöglicht und umrahmt. Die diskursiven Setzungen, die auf Exklusion von Menschen zielte, und die Gewaltpolitik, die die massenweise physische Vernichtung von Menschen einschließt, bilden so zwei Säulen des türkischen *nation building*. Diese sowohl in Wort als auch in Tat gewaltsamen Durchsetzung der Nationalstaatlichkeit soll im Folgenden näher betrachtet werden.

Vom Osmanischen Reich zur Republik Türkei

Die Republik Türkei wurde 1923 auf dem Restgebiet des Osmanischen Reiches gegründet. Zuvor hatte die jungtürkische Regierung (1908-1918) versucht, das multiethnische und multireligiöse Reich durch die Vernichtung der armenischen Bevölkerung und die »Türkisierung« der muslimischen Bevölkerung zu einem türkischen Nationalstaat umzuwandeln.² Während mit dem Genozid 1915 die Vernichtung der Armenier*innen weitgehend vollzogen war, scheiterte die Transformation zu einem Nationalstaat, nicht zuletzt durch die Niederlage des Reiches im 1. Weltkrieg. Die Kemalisten als die nachfolgende türkisch-nationalistische Bewegung agierten hierbei deutlich geschickter. Der junge Nationalstaat unter kemalistischer Führung vertrieb im sogenannten Türkischen Befreiungskrieg (1919-1923) die übriggebliebene christliche Bevölkerung des Osmanischen Reiches weitgehend und sicherte so eine deutliche

² Vgl. Taner Akçam: From Empire to Republic. Turkish Nationalism and the Armenian Genocide, London 2004.

muslimische Dominanz in der Restbevölkerung.³ Unter den Vertriebenen waren neben Überlebenden des Genozids an den Armeniern 1915 die christlichen Bevölkerungen in Westanatolien und Thrakien.⁴ Sowohl der Genozid 1915 als auch die Vertreibung der christlichen Bevölkerungen 1919-1923 wurde von den muslimischen Eliten und Bevölkerungsgruppen getragen. Diese muslimische Einheit in der »Scharnierphase«, also in der Spätphase des Osmanischen Reiches, wurde spätestens mit der Gründung der Republik Türkei 1923 abgelöst durch die Vorstellung einer einheitlichen türkischen Nation. In dieser einheitlichen Nation gab es keinen Platz für andere Bevölkerungsgruppen. Dieser Paradigmenwechsel war nicht unbestritten. Das Haupthindernis für die Schaffung einer einheitlichen türkischen Nation wurde in den Kurd*innen gesehen, die zwar durch unterschiedliche Religionen und Sprachen keine Einheit bildeten, aber trotzdem vom türkischen Nationalstaat als eindeutig anders und als nicht-türkisch gesehen wurden. Die bis heute ungelöste »Kurd*innenfrage« wurde in der historischen Phase zwischen der Gründung der Republik 1923 und der Niederschlagung der letzten kurdischen »Aufstände« 1938 entscheidend geprägt.

Die Etablierung eines türkischen Nationalstaats, einschließlich der Schaffung einer türkischen Nation, ging einher mit der Vernichtung, Vertreibung und Marginalisierung von nicht-muslimischen und nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen. Die Schaffung einer türkischen Nation wurde allerdings nicht nur durch Vernichtung und Exklusion vorangetrieben, sondern ebenfalls mit diskursiven Mitteln, nämlich mittels Narrativen und Leitbildern. Sie dienten dazu, staatliche Politiken zu legitimieren. So wurde etwa die ethnisch-religiöse Homogenisierungspolitik durch das Narrativ der fehlenden nationalen Einheit als Hindernis für eine erfolgreiche Modernisierung legitimiert.

Die Narrative und Leitbilder sind keineswegs starr und unveränderlich. So wurde etwa die panturkistische und turanistische Utopie eines großtürkischen Reiches von Ostchina bis nach Mitteleuropa, das während der Jungtürken-Regime (1908-1918) dominierte, in der kemalistischen Republik (ab 1923) durch die Vorstellung einer Türkei ersetzt, die sich im Wesentlichen auf Anatolien beschränkt. Dieser diskursive Übergang von einem großtürkischen Reich zu einer Türkei in Anatolien lässt

³ Vgl. Norman M. Naimark: Flammender Hass: Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, Bonn 2009, S. 29-76.

⁴ Diese Gebiete liegen in der westlichen Hälfte des heutigen Staatsgebietes der Türkei.

sich dadurch erklären, dass die kemalistische Strategie darin bestand, die bestehenden Gebiete zu *turkisieren*, statt eine expansive Außenpolitik zu betreiben. Die Narrative über zu bewältigende Defizite und damit einhergehende Forderungen nach nationaler Homogenisierung wurden dann in Strategien zur Erreichung einer solchen Homogenisierung und der konkreten politischen Maßnahmen des türkischen Staates überführt. Anders formuliert: Wenn die Utopie einer türkischen Heimat in Anatolien durchgesetzt werden sollte, dann wurde nach adäquaten strategischen Ansätzen und konkreten Maßnahmen gesucht, mit denen andere Bevölkerungsgruppen verdrängt und eine türkische Dominanz in Anatolien herbeigeführt werden konnte.

Die sogenannten ethnischen Säuberungen, Massaker, Deportationen und Umsiedlungen sind Bestandteile dieser Strategien des türkischen Staates. Die Reduzierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu »Minderheiten« ist eine Folge dieser Gewaltpolitiken. In zahlreichen Regionen hatten nicht-türkische Bevölkerungsgruppen die Mehrheit gestellt, bis dies durch Massaker und Umsiedlungen geändert wurde.

1925-1938: Zeit des Leugnens, Zeit des Tötens

Die Kurd*innen waren als die letzte große nicht-türkische Gruppe in der neuen Republik das Haupthindernis für das kemalistische Staatsprojekt einer homogenen türkischen Nation. Anders als bei den anderen Bevölkerungsgruppen, wie etwa den Nicht-Muslim*innen, war der Versuch einer Vertreibung oder Vernichtung aus staatlicher Perspektive kaum praktikabel. Kurd*innen stellten die Mehrheit der Bevölkerung in den östlichen Regionen und die kurdischen Eliten verfügten über politische und militärische Erfahrungen und Mittel. Der türkische Staat musste hier anders vorgehen. Die unausgesprochene Kompromissformel zwischen Staatsführung und kurdischen Eliten lautete: Der Staat verzichtet darauf, die loyalen kurdischen Eliten gänzlich zu entmachten und belässt ihnen eine intermediäre Position (Staat → kurdische Eliten → kurdische Bevölkerung), gleichzeitig müssen die kurdischen Eliten loyal zum neuen Staat sein und so darf die Behauptung der Nichtexistenz einer eigenständigen kurdischen Bevölkerungsgruppe nicht in Frage gestellt werden. Anders gesagt: Gleichzeitig wurde ein Teil der kurdischen Eliten kooptiert und die Kurd*innen als eine eigenständige soziale Gruppe offiziell negiert.

Der Aufbau der staatlichen Strukturen ging einher mit einem relativen und schleichenden Machtverlust für die bisherigen kurdischen

Führungsfiguren. Die Mehrheit der Stammesführer und Scheichs nahm dies hin – nicht zuletzt, weil die Alternative eine umgehende und vollständige Exklusion aus dem Machtapparat wäre. Nur wenige Anführer mobilisierten die kurdische Bevölkerung zu Aufständen – kaum in den Städten, hauptsächlich in den ländlichen Regionen. Ihre Aufrufe basierten auf ungerechter Behandlung der Kurd*innen und auf religiös-traditionellen Motiven. Die Mobilisierungen blieben begrenzt auf die eigene unmittelbare Anhänger*innenschaft und hatten wenig Ausstrahlungskraft für »fremde« kurdische Akteure (etwa in den Städten oder anderen Regionen). Die Aufstände wurden auch mithilfe von kurdischen Akteuren niedergeschlagen (wie etwa alevitische Stämme beim Scheich-Said-Aufstand 1925). Für die kurdischen Eliten war die Frage, wie sie ihre eigene Macht innerhalb des politischen Systems der Republik Türkei sichern können, wichtiger als das Ideal einer vermeintlichen nationalen Zusammengehörigkeit.

Die »Aufstände« und »Rebellionen« wurden nur in wenigen Fällen tatsächlich geplant und ausgelöst, mehrheitlich waren sie Reaktionen auf und Abwehr der staatlichen Angriffe. Von Planung und Organisation lässt sich lediglich beim Scheich-Said-Aufstand 1925 und Ararat-Aufstand 1930 sprechen, in den meisten Fällen jedoch nicht. Die überwiegende Mehrheit der »Aufstände« sind, wie etwa Kocusagi (Dersim) 1926, Mutki 1927, Bicar 1927, eher Militäroffensiven der Türkei, die mit vermeintlichen Rebellionen der Kurd*innen legitimiert wurden. Das Vorgehen der türkischen Armee ähnelt sich vielfach: Aus relativ geringfügigen Gründen (Nichterbringung von Steuern, Wehrdienstverweigerung, Raubüberfälle/Viehdiebstahl) wird die Vertreibung beziehungsweise Bestrafung der gesamten Bevölkerung in einer Region beschlossen. Die Dörfer werden zerstört, gefangengenommene Männer wurden sofort vor Ort erschossen, Flüchtende ebenfalls getötet, Frauen und Kinder abtransportiert – wobei beim Transport ebenfalls viele getötet wurden. Anschließend wurden alle Gebäude, Felder und bewohnbaren Höhlen zerstört und das Gebiet komplett entvölkert.

Diese Militäroffensiven wurden begleitet von einem gesamtpolitischen Vorgehen des türkischen Staates: 1925 wurde der »Takrir-i Sükûn Kanunu« (Gesetz Nr. 578, »Gesetz zur Sicherung der öffentlichen Ruhe«) beschlossen und die »Istiklal Mahkemeleri« (»Unabhängigkeitsgerichte«) etabliert, mit denen Bürgerrechte und Pressefreiheit ausgesetzt und die politische Opposition – auch im Parlament – ausgeschaltet wurde. Mit dem »Iskan Kanunu« (Gesetz Nr. 2510, »Ansiedlungsgesetz«, 1934) wurde das Staatsgebiet in drei Regionen aufgeteilt: (a) Regionen,

in denen Türk*innen angesiedelt werden sollen und die bisherige Bevölkerung teilweise vertrieben werden soll, (b) bereits »türkisierte« Regionen, in denen nicht-türkische Bevölkerungsgruppen aus Region (a) zerstreut assimiliert werden können, und (c) Regionen, in denen keine Ansiedlung gewünscht ist.

Das Eindringen des Staates und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung war immer wieder umkämpft, zuletzt 1937/1938 in Dersim. Dersim als widerständige Region mit schwacher staatlicher Präsenz wurde nach langer Planung vom türkischen Staat angegriffen. Jeglicher Widerstand wurde brutal zerschlagen und die Bevölkerung getötet oder vertrieben.⁵ Danach gab es keine nennenswerten Kämpfe zwischen kurdischen Akteur*innen und der türkischen Armee bis in die 1970er Jahre. So galt bis in die 1960er ein Kompromiss, der nicht ausgesprochen wurde, aber trotzdem gültig war: Der türkische Staat kooptierte die loyalen kurdischen Eliten in das neue politische System, etwa durch die Gewährung von Parlamentssitzen. Die faktische Macht, die lokale Eliten hatten, wurde institutionalisiert und mit den Strukturen der Republik in Einklang gebracht. Im Gegenzug akzeptierten die kurdischen Eliten die offizielle Redeweise, die die Existenz der Kurden leugnete und von einem monoethnischen, türkischen Staat sprach. Sie verzichteten ebenfalls auf Forderungen wie etwa nach der Anerkennung der kurdischen Sprache oder der Schaffung eines Minderheiten- oder Autonomiestatus für die Kurd*innen.

Die Rede über die Kurd*innen

Der hegemoniale Diskurs der türkischen Geschichtsschreibung, wie sie sowohl in den geschichts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen als auch von den staatlichen Wissensproduzent*innen hergestellt wird, entwirft spezifische Erzählungen über die Republik Türkei und ihre jeweiligen Gegner*innen. Eine dieser Erzählungen, nämlich das Narrativ über die Kurd*innen als eine rebellische und feindliche Bevölkerungsgruppe, entstand bereits vor der Gründung der Republik und ist bis heute relevant. Die Beschreibung der Kurd*innen als rebellisch und barbarisch hängt dabei unmittelbar mit der Legitimierung der staatlichen Gewaltpolitiken gegen die Kurd*innen zusammen.

⁵ Vgl. Ismail Beşikçi: *Tunceli Kanunu (1935) ve Dersim Jenosidi*, Istanbul 1990, S. 9-94.

Die Erzählungen über die »andersartigen« Kurd*innen

Die Erzählung von den Kurd*innen als eine »fremde«, »andersartige« und nicht vertrauenswürdige Bevölkerungsgruppe ist einerseits zentral, um sie aus dem Kreis der schützenswerten Staatsbürger*innen auszuschließen und so die staatliche Gewaltpolitik gegen sie zu legitimieren. Andererseits stellt diese Erzählung den hegemonialen Diskurs selbst in Frage, weil eine andere zentrale Erzählung, nämlich die Homogenität der türkischen Nation, unterminiert wird. Anders gesagt: Wenn es gar keine Kurd*innen im engen Sinne gibt und sie eigentlich ein Teil der türkischen Nation sind, die ihre türkischen Wurzeln vergessen hat, wie können sie dann so grundsätzlich »anders« und »fremd« sein?

Dieser Widerspruch wird mit der Behauptung gelöst, dass die einfache kurdische Bevölkerung von ihren Anführern absichtlich in Unfreiheit und Barbarei gehalten wird. Folgerichtig sollen die Kurd*innen von ihren Scheichs und Stammesführern befreit werden, um echte Staatsbürger*innen und Teil der türkischen Nation zu werden. Diese Erzählung von den Stammesführern und einem feudalen System, dem die Kurd*innen unterworfen sind und aus denen sie befreit werden sollen, wurde in den ersten Jahrzehnten der Republik immer wieder verwendet, um die aktuelle Kurd*innenpolitik zu legitimieren. Im hegemonialen Diskurs der türkischen Geschichtsschreibung wird die Erzählung immer noch verwendet, wenn es um diese Jahrzehnte geht. Allerdings wird heutzutage die gegenwärtige Kurd*innenpolitik nicht mehr darüber gerechtfertigt, weil mit den sozialen Veränderungen in den kurdischen Gebieten der Türkei die Rede über Stammesführer und Scheichs keine Überzeugungskraft mehr besitzt. Eine Variante dieser Erzählung ist zu beobachten, wenn etwa der kurdischen PKK vorgeworfen wird, die Kurd*innen hinters Licht zu führen und in Wirklichkeit eine armenische Verschwörung gegen die Türkei und die Kurd*innen zu sein – das Beispiel ist nicht ausgedacht.⁶

Im Folgenden werden Zitate von türkischen Historikern (durchweg männlich) aufgeführt, die als beispielhaft für die Narrative und die Diskurse der türkischen Geschichtsschreibung gelten können:

»İnsanların özgür bireyler olmalarını engelleyen, onları aşiret ağalarının çikarlarına hizmet eden birer makineye dönüştüren bu feodal sistem.«⁷

⁶ Diese Behauptung wird regelmäßig in türkischen Medien reproduziert. Vgl. Ufuk Özbe: Du Armenier! Die Zeit, Nr. 18/2015.

⁷ Orhan Kılınc: 1926-1930 Ağrı İsyancıları, Istanbul 2006, S. 41.

»Das feudale System hindert die Menschen daran, freie Individuen zu werden, und verwandelt sie in Maschinen, die den Interessen der Stammesführer dienen.«

Während in dieser Erzählung die Kurd*innen zu bloßen Werkzeugen der Stammesführer deklariert werden, wird im folgenden Zitat behauptet, dass die Kurd*innen in einer vermeintlich archaischen und primitiven Gesellschaftsordnung leben würden:

»Kanunsuzluğun ve devlet otoritesi yerine ilkel aşiret kanunlarının hâkim olduğu böylesi bir toplumsal ortamda, insanların çok daha sert, şiddeti ve zorbalığı kutsayan bir karaktere sahip olması doğaldır. [...] Toprak ağalarının, aşiret reislerinin ve şeyhlerin çıkarlarına hizmet eden ve yüzyıllardır devam eden bu ilkel feodal düzen, Türkiye Cumhuriyeti yöneticileri için kabul edilebilir değildi.«⁸

»Es ist ganz natürlich, dass in dieser gesellschaftlichen Atmosphäre, in denen Rechtlosigkeit und primitive Stammesgesetze gelten, die Menschen Gewalt und Tyrannei anbeten. Diese primitive feudale Ordnung, die seit Jahrhunderten den Interessen der Großgrundbesitzer, der Stammesführer und der Scheichs diente, war für die Regierenden der Republik Türkei nicht akzeptabel.«

Der Staat wird als Erlöser der Kurd*innen dargestellt und dabei sollen die Scheichs und die Stammesführer als schädliche Figuren erscheinen:

»Devlet Doğu illerinin sosyal, kültürel ve ekonomik sorunlarına çareler aramaya çalışmışsa da bu illerde yaşayan şeyh ve ağalar, dış unsurların kışkırtmalarıyla devlete karşı ayaklanmışlardır.«⁹

»Während der Staat versuchte, Lösungen für die sozialen, kulturellen und ökonomischen Probleme der östlichen Regionen zu finden, haben sich die Scheichs und Stammesführer durch Aufwiegelung ausländischer Kräfte gegen den Staat erhoben.«

Die Erzählung über die Verschwörung der »fremden Feinde« gegen die Türkei

Die Darstellung der kurdischen Aufstände im hegemonialen Diskurs ist neben den Zuschreibungen von Kurd*innen zusätzlich davon gekennzeichnet, dass die kurdischen Akteur*innen zu Werkzeugen von feindlichen »fremden Mächten« gemacht werden. Die Kurd*innen sind also

⁸ Kılınç 2006, S. 43.

⁹ Mehmet Köçer: Ağrı İsyanı, Elazığ 2004, S. 379.

nicht nur »fremd«, »barbarisch«, nicht vertrauenswürdig und »andersartig« (was negativ konnotiert wird), sondern zusätzlich auch Objekte, die benutzt werden. Die Feindschaft der fremden Mächte wiederum wird als absolut und fast schon zeitlos gesetzt. Es ist eine Feindschaft, die schon seit Jahrhunderten existiert und von Kräften weltweit getragen wird. Die Methoden der Feinde sind heimtückisch, schwer zu erkennen und zielen darauf, die Türkei zu schwächen, zu unterminieren und schließlich zusammenbrechen zu lassen. Dazu bedienen sie sich der nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen in der Türkei. Diese Erzählung wird fortlaufend aktualisiert und reproduziert und gewinnt in Krisenzeiten zunehmend an Bedeutung – wie etwa seit dem Beginn der Afrin-Offensive am 20. Januar 2018. Auch hier dient die Erzählung von den fremden und feindlichen Mächten, die mit nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen gegen die Türkei zusammenarbeiten, der Legitimierung der eigenen Gewaltpolitik.

Es folgen einige beispielhafte Zitate aus den Erzählungen über die Verschwörung der inneren und äußeren Feinde gegen die Türkei:

»Türkiye'nin sömürülmesi ve bağımsızlığının tamamen kısıtlanması için uğraşanlar bütün dünyadır.«¹⁰

»Die ganze Welt bemüht sich, die Türkei auszubeuten und ihre Unabhängigkeit einzuschränken.«

»İplerden birin ucu dışardaki Türklük düşmanlarının, diğerinin ucu da içerideki bir kaç hain ile kitle halindeki gafillerin elinde idi.«¹¹

*»Die Feinde des Türkentums im Ausland halten die Fäden über ein paar Verräter und ihre ahnungslosen Anhänger*innen im Inland.«*

Ein Element der Narrative über die Feindschaft zwischen den fremden Mächten und der türkischen Nation ist die ahistorische Behauptung, dass die Türkei schon seit Urzeiten eine Weltmacht und die Quelle bedeutender Zivilisationen ist und wegen dieser Rolle angefeindet wird:

»Bu coğrafyaya damgasını vuran Türk devletleri ve Türk milletidir. Çok uzun zamandır Türkiye olarak isimlendirilen Türk vatani, tarih boyunca medeniyet beşiği olduğu kadar dünyanın en etkili strateji ve jeopolitiğine de sahiptir. Gerek bu konumu gerekse bilimsel çalışmalar sonucu tespit edilen ve dünyanın ihtiyaç duyduğu yer üstü ve yer altı enerji rezervle-

¹⁰ Reşat Hallı: Türkiye Cumhuriyetinde Ayaklanmalar (1924-1938) [1972], Ankara 2012, S. 21.

¹¹ Ebd.

rine sahip olması itibariyle Türkiye üzerindeki açık ve gizli politikalar dünden bugüne yürütülmüş ve yürütülmektedir.«¹²

»Diese Landschaft wurde geprägt durch türkische Staaten und durch die türkische Nation. Die türkische Heimat, genannt Türkei, war nicht nur seit Anbeginn der Geschichte die Wiege der Zivilisation, sondern besitzt auch die bedeutendste strategische und geopolitische Lage. Wegen dieser Lage und der Energiereserven, die weltweit benötigt werden, wurden und werden über die Türkei offene und geheime Politiken betrieben.«

Während dem türkischen Nationalismus eine zeitlose und ewig gültige Legitimation zugesprochen wird, wird der kurdische Nationalismus zu einer bloßen Verschwörung der europäischen Mächte gegen die Türkei gemacht:

»Bilindiği gibi Türkiye’de siyasi Kürtçülük; 19. Yüzyıldan itibaren emperyalist Avrupa devletlerinin »Şark meselesi« çerçevesinde Osmanlı devletini parçalayarak bölgeye hakim olmak amacıyla uyguladıkları genel politikanın sonucu olarak doğmaya başlamıştır.«¹³

»Wie es allgemein bekannt ist, entstand der politische Kurdismus in der Türkei im Rahmen der Nahostpolitik der imperialistischen europäischen Staaten seit dem 19. Jahrhundert, als sie versuchten, den osmanischen Staat zu zerschlagen und so die Region zu beherrschen.«

Aufarbeitung der Geschichte als Wegbereitung des Friedens

Der hier skizzierte Diskurs der türkischen Geschichtsschreibung mit Erzählungen über die Kurd*innen als das »Andere« und von der grundsätzlichen Feindschaft zu den »Anderen« ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik hegemonial. Das ist allerdings nicht »nur« ein Problem für eine adäquate wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Republik Türkei, sondern hat auch ganz handfeste Folgen für die politische und gesellschaftliche Lage in der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten. Die Politik der Türkei, die bis heute auf die Negierung der Kurd*innen als eine Bevölkerungsgruppe mit dem Anspruch auf politische, soziale und kulturelle Autonomie setzt und sogar außerhalb der eigenen Landesgrenzen jedes Bestreben der Kurd*innen, eine solche Auto-

¹² Volkan Arı: 1919-1938 Yılları Arasında Orta Anadolu’da Çıkan İsyânların Siyasi, Sosyal ve İktisadi Sebepleri ve Değerlendirilmesi, Ankara 2009, S. 110.

¹³ Yusuf Sarınoy: Hoybun Cemiyeti ve Türkiye’ye Karşı Faaliyetleri, Ankara 1998, S. 207.

nomie oder gar nationale Unabhängigkeit zu erreichen, als einen Angriff auf die Türkei selbst versteht, ist nicht zu trennen von diesen Erzählungen über die Türkei und die türkische Nation. Eine friedliche und nachhaltige Lösung der sogenannten Kurd*innenfrage ist nur durch eine adäquate und kritische Aufarbeitung der türkischen »Kurd*innenpolitik« in der Vergangenheit und Gegenwart zu erreichen.